

Kiel, 28.01.2009

Landtag aktuell

Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn

TOP 21, CCS-Versuchsprojekt in Schleswig-Holstein (Drucksache 16/2396)

Olaf Schulze:

Keine staatlichen Gelder für Sackgassenforschung in CCS!

In Politik und Bevölkerung wird zurzeit intensiv über die sichere und günstige Energieversorgung der Zukunft (auch aus Klimaschutzgesichtspunkten) diskutiert. Vielfach wird dabei von „CO₂ freien Kraftwerken“ – wobei der Begriff „CO₂-frei“ sicher unzutreffend ist - als Lösung berichtet und dies, obwohl die Kohlenstoffabscheidungstechnologie (CCS) **noch sehr lange nicht marktreif** angeboten werden kann.

Die SPD Schleswig-Holstein hat sich im Herbst letzten Jahres mit der CCS-Technologie befasst und nach eingehender Beratung das Fazit gezogen: Die CCS-Technologie ist insgesamt abzulehnen. Diesem Fazit schließe ich mich an, das gilt auch für die von der FDP vorgeschlagene Aufnahme eines EU-Forschungsprojektes am Standort Brunsbüttel und die Eignungsprüfungen geologischer Lagerstätten in Schleswig-Holstein: **Schleswig-Holstein darf nicht zur CO₂-Deponie Deutschlands werden.**

Der Bau neuer Kohlekraftwerke kann nicht mit dem Hinweis auf die spätere Einführung der „Carbon Capture and Storage“-Technologie (CCS) zur Kompensation der CO₂-Emissionen legitimiert werden. Die **CCS-Technologie ist zu teuer, verschlechtert die Energieeffizienz** und wird - wenn überhaupt - viel zu spät zum Einsatz kommen. Ich darf hier das Umweltgutachten des Deutschen Bundestages zitieren: „Aufgrund der Altersstruktur des deutschen Kraftwerksparks erscheint die CCS-Technologie als

Übergangslösung gerade **für die deutsche Klimaschutzstrategie besonders problematisch**“ und „da die Technologie zu spät kommt, käme nur eine Nachrüstung infrage, die die Kosten noch einmal zusätzlich erhöht. Angesichts der ohnehin fraglichen Wettbewerbsfähigkeit erscheint – neben der generellen Machbarkeit im großtechnischen Maßstab – gerade die Strategie der Nachrüstung besonders fragwürdig.“

Ich habe den Eindruck, dass die CCS-Technologie zurzeit eher als Feigenblatt missbraucht wird, um weiter an großen Kohlekraftwerken festzuhalten und neue zu bauen. Dabei wird der Schutzschild der Forschungsfreiheit auch zu CCS hochgehalten. Hier muss aber die Politik rechtzeitig und klar sagen, **wohin sie staatliche Forschungsgelder lenken** will, um keine Forschungssackgassen zu unterstützen. Professor Hohmeyer hat hier in Kiel dazu angemerkt, dass es ihn nicht verwundert, wenn Wissenschaftler heute Blankoschecks zu Forschungsergebnissen in 20 Jahren abgeben – die Einlösung dieser Schecks in 20 Jahren ist dann voraussichtlich die Aufgabe der nächsten Generation von Wissenschaftlern.

Die **gegenwärtig untersuchten Verfahren zu CCS** verursachten relativ hohe Kosten, hohe energetische Verluste (bei der CCS Technik würden bis zu 15 % Wirkungsgrad verloren gehen. Das würde bedeuten, dass die Effekte der neuen Kraftwerke gegenüber den alten gleich Null wären) und steckten noch in einem frühen Forschungsstadium. Auch die Transporte von CO₂ von den Kraftwerken zu den vorgesehenen Endlagern und die geologische Eignung solcher Endlagerstätten sind fragwürdig. Der Transport auf langen Strecken mit LKWs, Pipelines oder Schiffen ist unwirtschaftlich. Die gedachte Lagerung in entleerten Öl- und Gasfeldern setzt erhebliche und kostspielige geologische Untersuchungen voraus, wenn sie sicher sein soll.

Die Frage nach ausreichend geeigneten Lagerungskapazitäten ist darüber hinaus weltweit nicht geklärt. Deshalb gibt es auch **keine verlässliche Einschätzung der möglichen Bedeutung von CCS für den globalen Klimaschutz**. Die wirtschaftliche

Erschließbarkeit und Nutzungsmöglichkeit von Lagerstätten hängt jedoch von einer Reihe geologischer Details, ökonomischer, rechtlicher, und politischer Rahmenbedingungen sowie der gesellschaftlichen Akzeptanz ab. Die Reaktionen der Landräte der betroffenen Kreise sollten wir uns hier noch einmal vor Augen führen. Sie waren nicht gerade positiv, die Bedenken waren groß.

Faktisch ist nur eine wesentlich geringere Kapazität nutzbar, weil es **Konkurrenz durch alternative Nutzungsformen** wie Geothermie, saisonale Erdgasspeicher oder Druckluftspeicher als Energiespeicher gibt und weiter geben wird. Aber gerade hierfür brauchen wir diese Speicherformen – und nicht für die ewige Lagerung von CO₂.

Außerdem bestehen **Sicherheitsrisiken** vor allem bei einer angedachten Lagerung für 1.000 bis 10.000 Jahre: Geochemische Prozesse durch saures CO₂-Wasser-Gemisch, Ausweitung von Rissen durch Überdruck der CO₂-Injektion, Leckagen, seitliche Ausbreitung des verdrängten Formationswassers.

Wir wollen keine Kraftwerksdinosaurier, sondern setzen auf kleinere, dezentrale Kraftwerke. Sie bieten größere Flexibilität, geringere Leitungsverluste, leichtere Wärmenutzung, leichtere Integration von biogenen Energieträgern. Deshalb sollten sich Forschung und Entwicklung auf diese Energieträger konzentrieren.

In diesem Zusammenhang ist es geradezu ein Hohn, wenn die Energieriesen nun staatliches Engagement in Höhe von 6,5 Milliarden Euro für den Aufbau einer Infrastruktur zur CO₂-Abtrennung und -Speicherung fordern. Hier hat Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, dessen Haltung zu CCS ich ansonsten nicht teile, zu Recht die Forderungen rigoros zurück gewiesen.

Das bisher angepeilte Zieljahr 2020 für die kommerzielle Verfügbarkeit im Kraftwerksmaßstab gilt in Fachkreisen als äußerst ambitioniert und kommt ohnehin für den Groß-

teil der deutschen Kraftwerksneubauten zu spät. Wegen der vielen geplanten neuen Kraftwerke müsste die Einführung von CCS so schnell wie möglich erfolgen, da sich sonst das Zeitfenster hierfür schließt und für viele Dekaden verschlossen bleibt. Schon **aus der zeitlichen Betrachtung** kann deshalb CCS kein Argument für neue Kohlekraftwerke sein.

Angesichts des umfangreichen Forschungsbedarfs in der Frage der geologischen Speicherung von CO₂, der Nutzungskonflikte und ihrer Bewertung, des fehlenden Regulierungsrahmens und der zu erwartenden Akzeptanzdiskussion wird die CCS-Technologie - so oder so - nicht rechtzeitig zur Verfügung stehen, wenn die in Deutschland selbst gesetzten Klimaziele erreicht werden sollen. Ich warne deshalb vor einem Irrweg, der ähnlich wie bei der Atomenergie gewaltige Finanzen verschlingen wird und am Ende ergebnislos abgebrochen werden muss.

Uns liegen nunmehr 2 gegensätzliche Anträge von FDP und Grünen vor. Ich beantrage daher, beide Anträge in die Ausschüsse Umwelt und Wirtschaft zu überweisen.